

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Grossen Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1530,
Groszkasse:
Riesa Nr. 32.

Nr. 94.

Donnerstag, 23. April 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2. Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife gewilliger Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Briefkasten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nhemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Europa und die Arbeitslosigkeit.

Von maßgebender Seite erhalten wir folgende aktuellen und außerordentlich interessanten Ausführungen:

In diesen Tagen wird sich die Berliner Regierung der Frage zuwenden, wie der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen ist. Gewiß, sie nimmt ab. Die letzten Ausweise lassen ein hartes Eintreten der Arbeitslosen erkennen. Und es ist damit zu rechnen, daß die konjunkturelle Besserung auch weiter den Arbeitsmarkt verbessern wird. Doch ist man sich völlig klar darüber, daß es niemals mehr aus einer wirtschaftlichen Besserung heraus möglich sein wird, der Arbeitslosigkeit überhaupt Herr zu werden. Soweit Deutschland in Frage kommt, wird angenommen, daß wir mit 8 Millionen Arbeitslosen selbst in der besten Zeit des Jahres rechnen müssen. Deshalb bleibt es Aufgabe der Regierung, über die saisonmäßige Besserung und die konjunkturelle Besserung hinaus, an Maßnahmen zu denken, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Einmal, weil der Staat nicht weiter die Mittel für die exorbitanten Unterhaltungen aufzubringen vermag, sodann, weil die brachliegenden Kräfte in den Produktionsprozess eingesetzt werden müssen, da sie physisch und seelisch verkümmern. Es soll hier nicht unterlassen werden, was die deutsche Regierung plant, was sie tun sollte und wie die Vorschläge lauten. Darüber ist bereits genug geschrieben worden.

Wir wollen die Arbeitslosenfragen in Europa untersuchen und die große Gefahr dieser Entwicklung zeigen, die nicht nur in Deutschland Angst und Bangen werden läßt. Wie in Deutschland gibt es in allen Ländern Europas eine Arbeitslosigkeit; wie Deutschland, so haben alle Länder Sorgen wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Alle sehen sie mit Sorge in die Zukunft. Damit, daß in den meisten europäischen Ländern die Arbeitslosenversicherung eingeführt wurde, ist es nicht getan, denn die finanziellen Lasten werden allmählich zu groß. Nun weiß man wohl einen Ausweg: Erweiterung des Aufgabekreises der Industrie. Das ist eine reine Kapitalfrage. Die Arbeitslosigkeit ist ja die Folge der Uebersättigung der Erde mit industriellen Erzeugnissen, der fortgeschrittenen Zivilisierung und Technisierung. Bislang bestand immer noch die Möglichkeit für die Industrie und für das Kapital einen Vorstoß in fremde und ferne Gebiete zu machen. Gebiete wurden erschlossen, elektrifiziert, mit Eisenbahnen durchzogen, kultiviert, Flüsse wurden schiffbar gemacht, Brücken gebaut. Heute finden sich nur noch wenige Ausfalltüren für die Industrie. Die Gebiete, wo sie noch Betätigung haben könnte, sind aus politischen Gründen verschlossen. Aus diesem Grunde mußte die Krise kommen und das Kapital fand keine Betätigung. Das Kapital der Industrie konnte nicht rollen. Deshalb müssen die europäischen Länder bemüht sein, Kapital auszubringen und diesem Kapital Betätigung zu geben, das heißt, sie müssen Arbeiter schaffen.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf arbeitet seit langem an Projekten, die auf diesem Gebiete liegen. Endlich hört man von neuen und wie es scheint akzeptablen Gedanken, deren Durchführung möglich wäre, wenn die europäischen Länder sich entschließen könnten, die Kapitalien auszubringen. Es wird angeregt, gewissermaßen Rohstandsarbeiten einzuleiten, die den Ausbau der europäischen Autostraßen, der Binnenschifffahrt, des Kraftstromnetzes vorziehen, man denkt an technische Neuerungen, wie an eine Schraubenkupplung bei den Eisenbahnen. Selbstverständlich hat jedes europäische Land ein Interesse daran, solche Arbeiten ausführen zu lassen. Nehmen wir Deutschland: Gewiß würde es schon von sich aus Autostraßen, Binnenschifffahrtswegen usw. bauen. Es besteht aber nicht die Mittel dazu. Deshalb sagte ich auch, mit der Auslegung dieser Arbeiten müßte gleichzeitig ihre Kapitalisierung erfolgen.

Das heißt, Europa hätte einen Baufonds zu schaffen, der den kapitalarmen Ländern zur Verfügung steht.

Das ist eine praktische Anregung, die freilich nicht den Verlust der Arbeit in unerschlossenen Weltgebieten ersetzen kann. Aber immerhin könnte die konjunkturelle Besserung durch solche Rohstandsarbeiten unterstützt werden.

Einmal freilich gehen auch solche Arbeiten zu Ende. Die Welt wird bald bis im letzten Winkel maschinisiert sein, nichts mehr wird es mit der Zeit zu bauen geben, die Kultur wird überall von der Miesemaschine bis zum kleinsten Gebrauchsgegenstand ihren Einzug gehalten haben. Man muß auch an diese Entwicklung denken. Sie kommt und sie läßt erkennen, daß wir, selbst wenn die heutige Arbeitslosigkeit gemeißelt wird, unbedingt in eine viel schwerere und viel katastrophalere Zeit gelangen müssen. Sogar kommt, daß die Völker sich vermehren, daß die Arbeitslosigkeit noch die Raumnot einsehen muß. Beachtlich sind daher die großen Panuropa-Projekte, die heute vielleicht noch als eine Utopie erscheinen mögen, die aber einmal Wirklichkeit werden müssen, wenn Europa nicht zum Kampf aller gegen alle zur eigenen Vernichtung kommen soll. Es sei nur an einiges aus diesem Panuropa-Projekt erinnert. Es wird Bodenerwerbungen vorgeschlagen, durch eine Mittelmeer-Straße und die Bewässerung der Sahara. Dadurch würde Boden und Arbeit gewonnen. Dieses Neuland brächte zunächst für die Industrie ein Ausfalltor und eine auf viele Jahrzehnte reichende Betätigung. Die Arbeitslosigkeit wäre für die Dauer dieser Arbeiten behoben. Aber auch der Bodenerwerb für die europäische Bevölkerung würde erweitert und der Nährboden für die sich vermehrende Bevölkerung gesunden werden. Wie gesagt, man spricht, wenn diese Projekte erörtert werden, von einer Utopie. Aber wenn wirklich der Industrie und damit den Arbeitern zunächst durch die Hilfsmaßnahmen, die die Länder finden und

Der Reichs-Landbund an die Reichsregierung. Energische Anwendung des Ermächtigungsgesetzes gefordert.

Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes hat in seiner Sitzung am 21. April folgende Entschlüsse zur agrarpolitischen Lage einstimmig angenommen:
Nachdem die Reichsregierung vom Reichstage das Gesetz über Zolländerungen vom 28. März 1931 (Ermächtigungsgesetz) erhalten und ihrerseits angenommen und nachdem die Reichsregierung wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, daß nach Annahme dieses Ermächtigungsgesetzes erfolgreiche Maßnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt werden sollen, erwartet der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes, daß diese Intention der Reichsregierung umgehend und in ausreichendem Maße verwirklicht werden. Insbesondere bringt der Bundesvorstand zum Ausdruck, daß das Missverhältnis in der Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Produktionskosten nun endlich beseitigt werden muß. Der Bundesvorstand beantragt das Präsidium, mit größtem Nachdruck auf die sofortige Erfüllung dieser Forderung hinzuwirken.

Der Reichs-Landbund begrüßt eine Fokussierung zwischen Deutschland und Österreich, hält es aber für seine Pflicht, auf die großen Gefahren hinzuweisen, die für die deutsche Landwirtschaft in regionalen Handelsverträgen liegen können. Der Reichs-Landbund wird derartigen Abmachungen schärfsten Widerstand entgegenstellen, wenn nicht zuvor Sicherheit geschaffen ist, daß eine Gefährdung der deutschen Landwirtschaft nicht eintritt.

Gleichzeitig haben die Präsidenten des Reichs-Landbundes an den Reichstagskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die notwendigen Einzelmaßnahmen ausführlich ein-

gehen. Sie betonen, daß es vor allem notwendig sei, auch der Veredelungsindustrie die so lange vorerhaltene Hilfe zu bringen. Daher wird in dem Briefe an den Reichstagskanzler vor allem eine beträchtliche Erhöhung des Zollsatzes und der Zölle für alle übrigen Roherzeugnisse im Zusammenhang mit der Erhöhung der Zölle für Vieh und Fleisch, Speck und Schmalz, Geflügel, Eier und Hühnerfrüchte gefordert. Weiter weist das Schreiben darauf hin, daß zur Bereinigung des Vieh- und Fleischmarktes schärfste Maßnahmen getroffen werden müßten und daß ferner die Anwendung von Einfuhrzöllen, vorzüglich für Erzeugnisse aus Dänemark und Norwegen, vorzuziehen sei. Als Ergänzung wird eine energische Anwendung der Verwendungszwänge einschließlich eines Deklarationszwanges für Margarine gefordert. Wir betonen demnach, daß die Reichsregierung die Beseitigung der Zollbindungen für Eier, Obst, Wein, Gemüse und Holz und die Erhöhung der Zölle hierfür. Nachdem die vorjährige Getreide- und Kartoffelernte zum größten Teil, wie die Präsidenten des Reichs-Landbundes in ihrem Schreiben betonen, infolge der von der Reichsregierung in ungenügender und zum Teil unwirksamer Weise beeinflussten Preisbildung für die Landwirtschaft verloren gegangen ist, ist es ferner notwendig, daß in diesem Jahre rechtzeitig Vorkehrungen für die Preisbildung der kommenden Ernte getroffen werden. Das Präsidium des Reichs-Landbundes findet für die hierzu erforderlichen Maßnahmen noch eingehende Vorschläge an.



Die Sieger des Stahlhelms-Volksbegehrens,

deren Eintragungen die erforderliche Mindestzahl von 5,27 Millionen überschritten haben: der Herr Stahlhelm-Vandenschieber (rechts) und der Herr Bundesführer Major a. D. Dürkerberg (links).



Französische Baillennanleihe

50-Millionen-Dollar-Anleihe an die Tschechoslowakei

Die Verhandlungen, die in der letzten Zeit zwischen dem Finanzministerium und einer bedeutenden französischen Bankgruppe schwebten, führten zu einer vorläufigen Einigung über die Bedingungen einer Anleihe. Die Anleihe soll 45 bis 50 Millionen Dollars betragen, zu 5 1/2 Prozent verzinslich sein und bei einem Emissionskurs von rund 95 Prozent in 25 Jahren amortisiert werden.

Strafantrag gegen Hitler

München, 23. April.

Diplomantgenieur Ballekstedt, der Führer des Bayernbundes, teilt mit, daß er gegen Adolf Hitler Strafantrag stelle, weil er nach Blättermeldungen vor dem Schwurgericht Frontental (Walg) neuerdings behauptet habe, die Bewegung Ballekstedt sei separatistisch.

Wieder eine Deutschenausweisung

Konow, 23. April.

Wie die Estnische Telegraphenagentur meldet, ist der deutsche Staatsangehörige Student Dr. Hartung-Remel aus Litauen ausgewiesen worden. Dr. Hartung war seit dem 1. Januar 1930 als Lehrer beim Auguste-Viktoria-Gymnasium in Remel tätig. Ein Besuch um Erteilung der ständigen Aufenthaltsgenehmigung war vom Gouverneur abgelehnt worden.

Neue Verhaftung in Strassburg

Paris, 23. April.

Wie aus Strassburg gemeldet wird, ist eine weitere Verhaftung in der "Spionageangelegenheit" erfolgt. Es handelt sich um einen aus Diederhofen gebürtigen, in Strassburg wohnhaften Zeichner beim Konstruktionsbüro für die Grenzbesetzungsbatterien.

die jetzt auch vom Internationalen Arbeitsamt angeregt werden, getroffen wird, wenn es gelingt, die Arbeitslosenfrage erfolgreich für kürzere Frist zu bekämpfen, so droht die Zukunft mit noch verheerenderen Arbeitslosenerscheinungen. Und unsere Gedanken haben diese Entwicklung zu berücksichtigen. Milliardenbeträge können nicht schaden. Sie müssen vorhanden sein, und sie werden das Kapital wegen vorhanden sein, denn auch das Kapital braucht Betätigung, und die beiden großen Gegebenheiten, Kapital und Arbeit, stehen in der letzten Konsequenz schließlich einem Ziele näher.

Das große Problem der Welt kann nicht mehr mit oberflächlichen Entschlüssen für den Tag oder für kurze Zeit gelöst werden. Jede Regierung, auch die deutsche, wird bei allen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit die Entwick-